

Das postfaktische Zeitalter und das Ringen um Hegemonie¹

Wer einmal lügt

Von **Silke van Dyk** | Professorin für Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Politischen Soziologie, der Soziologie sozialer Ungleichheit, der Soziologie des Wohlfahrtsstaats sowie der Soziologie des Alters und der Demografie. Aktuell interessiert sie sich insbesondere für den Zusammenhang von zunehmender sozialer Spaltung und erstarkendem Rechtspopulismus.

Lügen haben kurze Beine, sagt der Volksmund. Früher oder später kommt jede Lüge ans Licht, und dann haben die Lügenden das Nachsehen. So auch in der Politik: Gelogen wurde zwar immer, doch wer dies allzu offensichtlich tat oder sich dabei erwischen ließ, musste abtreten. Bis vor kurzem schien das eine weit verbreitete demokratische Usanz zu sein. Spätestens mit Trump hat sich nun allerdings eine unverfrorene Form der Lüge Bahn gebrochen, die öffentlichkeitswirksam und ohne Scham präsentiert wird und deshalb nur noch schwer skandalisiert werden kann. Ist das zweitrangiges Polittheater oder aber demokratiepolitisch relevant? Und sind die neuen Populisten wirklich die einzigen, die aktuell einen problematischen Umgang mit der Wahrheit pflegen? Silke van Dyk, Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, geht im folgenden Beitrag diesen Fragen nach.

Mit dem Wahlsieg Trumps, dem Brexit, der Regierungsbeteiligung der FPÖ, dem starken *Front National* und der erstarkenden AfD hat in zahlreichen Ländern ein neues Zeitalter des Politischen begonnen, in dem die (neo-)liberale Hegemonie zunehmend von rechts herausgefordert wird. Die aktuelle Rechtswende wird dabei auch als Krise des Umgangs mit Fakten, als postfaktisches Zeitalter, als neue Konjunktur der Lüge gelesen. Tatsächlich scheint sich gegenwärtig eine neue Qualität höchst erstaunlicher Falschaussagen zu manifestieren: von der Behauptung, der Klimawandel sei eine Erfindung der Chinesen, über frei erfundene Zahlen in der Brexit-Kampagne bis hin zu Aussagen rechter Politiker*innen, gefühlte Wahrheiten seien wichtiger als Tatsachen; zugleich sprechen genau

diese Politiker*innen selbst gerne von „Fake News“ und „Lügenpresse“.² Was hat es mit der neuen Aufmerksamkeit für Wahrheit und Lüge in der Politik auf sich? Der Beitrag fragt, wie die neue Konjunktur von Falschaussagen im rechten politischen Lager einzuschätzen ist und erörtert, wie die liberale Kritik dieser Konjunktur für die Bearbeitung der neoliberalen Hegemoniekrise genutzt wird.

Das System Trump & Co und die Krise der Faktizität

Die Gesellschaft für Deutsche Sprache kürte 2016 das Adjektiv „postfaktisch“ zum Wort des Jahres: „Das Kunstwort *postfaktisch* verweist darauf, dass es heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. Immer größere Bevölkerungsschichten sind in ihrem Widerwillen gegen

»die da oben« bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen zu akzeptieren. Nicht der Anspruch auf Wahrheit, sondern das Aussprechen der »gefühlten Wahrheit«³ führt zum Erfolg.“ Diese Diagnose ist durchzogen von einer Nostalgie für das Vergangene, für ein Zeitalter der Fakten, da Politik noch nichts mit Emotionen und Stimmungen zu tun gehabt habe, als es noch nicht um Macht, sondern um Argumente gegangen sei. Die Kritik folgte in der medialen Debatte auf dem Fuße und zahlreiche Kommentator*innen weisen zu Recht darauf hin, dass die Lüge stets ein zentrales Mittel der Politik war, und zwar auch in liberalen Demokratien (von Kittlitz 2016; Economist 2016). Was aber ist dann neu an der aktuellen Situation? Neu ist im Zeitalter der Digitalisierung



Silke van Dyk

¹ Dieser Beitrag ist eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung des Artikels „Krise der Faktizität?“ (van Dyk 2017).

² Um dieses Feld abzustecken, werde ich im Folgenden vom „System Trump & Co“ sprechen, mit der Betonung auf „System“, denn um eine Pathologisierung Trumps soll es gerade nicht gehen.

³ <http://gfds.de/wort-des-jahres-2016/>

und ihrer schnellen Verbreitungskanäle zunächst die schiere Zahl der Lügen und das Tempo ihrer Verbreitung; darüber hinaus ist vor allem bemerkenswert, dass die nachgewiesenen Lügen und Falschaussagen den betreffenden Protagonist*innen nicht (mehr) unmittelbar zu schaden scheinen (vgl. Jakobsen 2016; van Dyk 2017: 349); die Entlarvung der Lüge ist kein politischer Skandal mehr, Vertuschung und Geheimhaltung spielen eine – im Vergleich zu früheren Zeiten – untergeordnete Rolle. Warum?

Um die aktuellen Dynamiken einordnen zu können, hilft ein Blick auf die Theoriegeschichte der Lüge. Im Anschluss an Aurelius Augustinus geht die klassische Lügendefinition von einem absichtsvollen Vorgehen aus, das zwischen Wahrem und Unwahrem zu unterscheiden weiß und mit Bedacht das Falsche zum Ausdruck bringt. Es war Friedrich Nietzsche, der als einer der ersten über die traditionelle Form der Lüge hinausgedacht hat, indem er sich nicht für die Lüge interessierte,

“ Die strukturelle Lüge ist die Verpflichtung, nach einer festen Konvention zu lügen. ”



die die Wahrheit verheimlicht, sondern für die strukturelle Lüge, die an die Stelle der Wahrheit tritt: Wahrheit ist ihm zufolge „die Verpflichtung, nach einer festen Konvention zu lügen“ (Nietzsche 1988: 881). Nietzsche geht es um den Willen zur Macht, der seine Perspektive absolut setzt und als Wahrheit zu verallgemeinern sucht. Einen ähnlichen Gedanken finden wir bei Hannah Arendt, die traditionelle und moderne Lügen unterscheidet, wobei erstere auf das Verbergen und letztere auf das Vernichten von Wahrheit hinauslaufen (Arendt 2013: 77): Während sich die traditionelle Lüge von selbst zeigt, weil der Wahrheitsmaßstab intakt blieb, gilt dies für die moderne Lüge nicht mehr, da diese den Gesamtzusammenhang so verändere, dass ein neuer „Wirklichkeitszusammenhang“ entstehe (ebd.: 78).

Zugespitzt formuliert und in Anlehnung an Nietzsches Diktum, Wahrheit sei „die Verpflichtung, nach einer festen Konvention zu lügen“, wird im System Trump & Co radikal wider die Konvention gelogen. So radikal, dass die

Falschheit von Aussagen jederzeit erkennbar ist, so offensichtlich, wie wir es aus demokratischen Systemen nicht kennen. Zugleich ist die Lüge so situativ, so wenig in ein kohärentes System verwoben, sind die Widersprüche zwischen den Falschaussagen so groß, dass das System Trump & Co. meilenweit von einer Entwirklichung der Welt durch die moderne Lüge im Sinne Arendts entfernt ist. Die moderne Lüge ist dadurch erfolgreich, dass sie den Kontext der Lüge so systematisch verändert, dass die Lüge nicht mehr erkennbar ist. Ganz anders im System Trump & Co.: Hier bleibt der Kontext nicht nur erhalten, nein es geht vielmehr darum, zu demonstrieren, dass es möglich und geboten ist, diesen Kontext als – im Sinne der modernen Lüge verlogene – Wirklichkeit der (vermeintlichen) Eliten zu ignorieren. Dieser Umstand produziert eine Konstellation, in der die Bezichtigung der Lüge kein Problem für den Lügner, sondern Ausweis der elitären Position der Kritikerin ist – ein Moment, das sich bei allen, derzeit als rechtspopulistisch attribuierten politischen Kräften findet.

Wahrheitsregime im Kontext von Macht und Hegemonie

Erkennt man an Nietzsche und Michel Foucault (2000 [1972]) anschließend an, dass es historisch unterschiedliche Wahrheitsregime mit variierenden Modi der Wahrheitsfeststellung gibt, dass es immer auch eine Frage von Macht und Hegemonie ist, was unter gegebenen Umständen für wahr gehalten wird – erkennt man dies an, dann zeigt sich, dass es im System Trump & Co um die Etablierung eines neuen Wahrheitsregimes geht. Dieses Regime ist eng mit dem rechtspopulistischen Projekt und mit Vorstellungen identitärer Demokratie verbunden und zeichnet sich durch antipluralistische Vereinheitlichung aus: Populisten behaupten „dass es ein homogenes Volk mit einem einzigen authentischen Willen gäbe, welcher den Populisten als politischer Auftrag diene (und den nur die populistischen Führungsfiguren richtig verstehen könnten)“ (Müller 2017: 114). Trump hat in seiner Inaugurationsrede keinen Zweifel daran gelassen, dass er allein das sogenannten Volk zu verkörpern beansprucht:

„Worauf es wirklich ankommt, ist nicht, welche Partei unsere Regierung führt, sondern ob unsere Regierung vom Volk geführt wird. Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde.“⁴

Diese Aussage beruht, ganz in der Tradition des Staatsrechtlers Carl Schmitt, nicht auf der Anzahl der Wähler*innenstimmen oder verbürgten Daten zur Unterstützung der Politik Trumps, sondern auf der Behauptung eines „Volkswillens“ jenseits empirischer Evidenz. Diesen „Split zwischen Zahl und Substanz“ (Müller 2017: 120), der mit etablierten Modi empirischer und wissenschaftlicher Veridiktion bricht, hat der den Nationalsozialisten als Cheftheoretiker dienende Carl Schmitt bereits zu Zeiten der Weimarer Republik formuliert: „Die einstimmige Meinung von 100 Millionen Privatmenschen ist weder Wille des Volkes noch öffentliche Meinung. Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch Acclamation, durch selbstverständliches unwidersprochenes Dasein ebenso gut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat, den man seit einem halben Jahrhundert [...] ausgebildet hat.“ (Schmitt 1991 [1923]: 22f.) Der – salopp formuliert – lockere Umgang mit Daten, Zahlen und Statistiken ist also weit mehr als spontanes Lügen oder chaotisches Regieren, sondern eingebettet in ein Wahrheitsregime eigener Art. Massgebend sind weder Kriminalitätsstatistiken des FBI noch offizielle Arbeitslosenzahlen, sondern das, was das vermeintliche „Volk“ bzw. die selbst erklärten populistischen „Volksverstehere*innen“ zu Kriminalität oder Arbeitslosigkeit fühlen oder meinen (vgl. für die Beispiele: van Dyk 2017: 347, 354). Oder mit den Worten des Berliner AfD-Vorsitzenden Georg Pazderski: „Es

geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. Im Englischen gibt es ein schönes Wort, das heißt: ‚Perception is reality‘. Das heißt also: ‚Das, was man fühlt, ist auch Realität.‘⁵

Das System Trump & Co etabliert ein Wahrheitsspiel, in dem im Modus einer illiberal-identitären Demokratie autoritär bestimmt wird, welche Gefühle, Meinungen und Mehrheiten sich auf dem Wahrheitsmarkt auszahlen, ein Wahrheitsspiel, das darauf zielt, die Menschen aus den bestehenden Wahrheitsregimen zu lösen: allerdings nicht durch Reflexion und Analyse und Kritik, nicht durch das kritische Hinterfragen gültiger Standards, sondern durch Ressentiment und völkisches Einheitsdenken.

Dass dies für erschreckend viele Menschen funktioniert, hat jedoch nicht allein mit dem System Trump & Co., sondern auch mit dem herausgeforderten liberalen System zu tun. Der gegenwärtigen postfaktischen Politik ging eine Phase „faktische[r] Postpolitik“ (Vogelmann 2016) voraus, während derer liberale politische Eliten ihrerseits einen problematischen Umgang mit Tatsachen pflegten: eine Phase der Technokratie, in der Tatsachen zu unabänderlichen Sachzwängen stilisiert und eine radikale Politik des Marktes und der Status Quo als alternativlos propagiert wurden. Hannah Arendt hat betont, dass sich politisches Denken und Urteilen zwischen zwei Gefahren bewegt, „der Gefahr Tatsächliches für notwendig und daher für unabänderbar zu halten und der anderen, es zu leugnen und zu versuchen, es aus der Welt zu lügen“ (Arendt 2013a: 85). Um die aktuelle Gemengelage zu verstehen, ist es wichtig, einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Gefahren herzustellen. Wir

“ Der gegenwärtigen postfaktischen Politik ging eine Phase der faktischen Postpolitik voraus. ”

fragen danach, wie das liberale Regieren im Modus der Alternativlosigkeit ein rechtspopulistisches Wahrheitsspiel hervorbringt, das seine Kraft und Legitimation aus einem völkischen Anti-Establishment-Gestus bezieht.

Das Wahrheitsspiel der Technokratie und die Bearbeitung der liberalen Hegemoniekrise

Die vermeintliche Einheitsalternative des Marktes ist ein erfolgreiches Wahrheitsregime par excellence. Der französische Philosoph Jean-Claude Michéa schreibt in seinem Buch „Das Reich des kleineren Übels“ über die liberale Gesellschaft: „Bekanntermaßen hat der zeitgenössische Kapitalismus, während sich die totalitären Gesellschaften an das simple und an Menschenleben aufwändige Prinzip der Einheitspartei halten, diese bedeutend eleganter (und effizienter) durch die Einheitsalternative ersetzt.“ (Michéa 2014: 115) Wenn dieser Gegenüberstellung von Einheitspartei und Einheitsalternative der populistische Einheitswille des so genannten Volkes hinzugefügt wird, werden die Parallelen erkennbar. Sowohl die liberale Markttechnokratie als auch das System Trump & Co. sind radikal antipluralistisch: „Schließlich suggerieren die Technokraten, es gäbe nur eine rationale policy, während ein Populist behauptet, es gäbe nur einen wahren Willen des Volkes. [...] Hier treffen sich also wirklich einmal zwei Extreme – nämlich in ihrer antipolitischen Haltung.“ (Müller 2016: 115) Oder anders formuliert: Wo der populistische Politiker behauptet den

(Einheits-)Willen des Volkes zu verkörpern, präsentiert sich der liberale Politiker als Übersetzer der Einheitsalternative des Marktes. Der wirtschaftsliberale hegemoniale Diskurs ermöglichte es der zur alleinigen Wahrheit erhobenen neoklassischen Ökonomie „in einer von Tatsachen unbehelligten Welt“ (Arendt 2013b: 33) zu leben. Diese Form der Post-Politik ist zumindest mitverantwortlich für die erstarkende postfaktische Politik und die ihr eigene Establishmentkritik, denn es ist zutreffend, „dass die da oben lügen“ (um die gängige Formulierung zu verwenden), wenn sie behaupten, es gäbe keine Alternative.

Doch kein Wahrheitsregime ist unanfechtbar, und seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. mehren sich die Anzeichen, dass sich das System des liberalen Finanzmarktkapitalismus in einer Hegemoniekrise befindet (Oberndorfer 2012). Diese Hegemoniekrise fing mit den weltweiten Protest- und Occupybewegungen an, setzt sich fort in der innereuropäischen Uneinigkeit oder der von Deutschland forcierten neoliberalen Austeritätspolitik und hat seinen deutlichsten Ausdruck mit dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland gefunden, so dass zunächst vor allem die linke Kritik an der neoliberalen Austeritätspolitik erstarkt ist. Als weiteres Indiz für eine Hegemoniekrise

⁴ Zitiert nach der deutschen Übersetzung in der Süddeutschen Zeitung, 20.01.2017

⁵ http://www.deutschlandfunk.de/afd-wahlkampf-in-berlin-gefuehlte-realiaet.1773.de.html?dram:article_id=365806

“ Wir müssen uns gleichermassen gegen autoritären Populismus und autoritären Liberalismus stellen. ”

wird der Umstand diskutiert, dass auch in demokratischen Staaten autoritäre Modi des Regierens an Bedeutung gewinnen – so z.B. in der europäischen Krisenpolitik gegenüber Griechenland (Deppe 2013). Mit dem System Trump & Co. wächst zudem die Kritik von rechts, und die zielt neben der Favorisierung von Protektionismus und wirtschaftlicher Abschottung vor allem auf die ‚progressiven‘ Elemente des Liberalismus, auf Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungspolitik.

Vor diesem Hintergrund einer sich verdichtenden Hegemoniekrise (bei fortgesetzter Dominanz neo-liberaler Politiken) ist gegenwärtig etwas Entscheidendes zu beobachten: die Vermischung der Kritik am System Trump & Co. mit der Bearbeitung dieser Krise, d.h. der Versuch, die Kritik für eine Re-Stabilisierung und Re-Legitimierung der liberalen Ordnung in Zeiten der Krise zu nutzen. Diese Form der Krisenbearbeitung operiert in einer doppelten Bewegung: Zum einen ist der Populismusvorwurf schnell bei der Hand und zwar keineswegs nur dort, wo tatsächlich Anti-Pluralismus und völkisch konturierte Einheitsfiktionen am Werk sind, sondern auch dort, wo radikale Kritik das wirtschaftspolitische Wahrheitsregime herausfordert, so dass sich ein Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn schnell zwangsvereint mit Marine Le Pen auf einer Titelseite finden. Zum anderen verknüpft die liberale Kritik am System Trump & Co die lange Liste absurder Falschautsagen mit der Kritik am globalen Freihandel. Selbst wenn man den neoliberalen Freihandel für einen Segen der Menschheit hält, sollte erkennbar sein, dass die Ablehnung des Freihandels als wirtschaftspolitische Kontraposition nicht auf einer Stufe steht mit der Behauptung, der Klimawandel sei eine chinesische Erfindung.

Hegemonietheoretisch gesprochen, werden disparate Elemente zu einer kohärenten Erzählung verwoben, in der die Lügen und die Kritik am Freihandel zu einem Narrativ verschmelzen. Damit trägt die Kritik der Lüge, auch wenn sie dies im Einzelfall gar nicht beabsichtigt, zur Bekräftigung des wirtschaftspolitischen Liberalismus bei. Während im liberalen Mainstream die Kritik an der offensichtlichen Lüge zum Mittel liberaler Krisenbearbeitung wird, zeichnet sich bei einigen linken Kommentator*innen eine nicht minder problematische Entwicklung ab: Bisweilen läuft die berechtigte Kritik an der liberalen „Expertenlüge“ (Streeck 2017: 256) und am geschlossenen System des antippluralistischen „liberale(n) Populismus“ (Stegemann 2017: 81) auf ein problematisches ‚Querfront-Denken‘ hinaus. So propagiert Bernd Stegemann (bisher unwidersprochen) in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*: „Wir müssen eine gemeinsame Bewegung schaffen, die Rechte und Linke zusammenbringt, um die reiche Elite zu bekämpfen. Denn eine positive Wirkung hat jede populistische Bewegung in der aktuellen Lage, egal ob sie rechts- oder linkspopulistisch ist: Sie schreckt die Eliten auf und zwingt sie das erste Mal seit Jahrzehnten, ihre feudalen Strukturen öffentlich zuzugeben.“ (Stegemann 2017: 92) Die pointiert vorgetragene Kritik am (Neo-) Liberalismus endet hier im (strategischen) Schulterchluss mit regressiven, rassistischen und antifeministischen Kräften (vgl. Dowling et al. 2017). Eine emanzipatorische Kritik sollte demgegenüber in der Lage sein, sich gleichermaßen gegen autoritären Populismus und autoritären Liberalismus zu stellen und die Lügen des Rechtspopulismus mit gleicher Konsequenz zurückzuweisen wie die Wahrheitsansprüche neo-liberaler Ideolog*innen. *

Literatur

- Arendt, Hannah (2013) [1971]: Wahrheit und Politik, in: Dies., **Wahrheit und Lüge in der Politik**, München/Leipzig/Zürich: Piper: 44–92.
- Deppe, Frank (2013): **Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand**, Hamburg: VSA.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017), Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“, in: **PROKLA 188**: 411–420.
- van Dyk, Silke (2017): Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik, in: **PROKLA 188**: 347–368.
- The Economist (2016): Art of the lie. Politicians have always lied. Does it matter if they leave the truth behind entirely? In: **The Economist**, 10.09.2016.
- Foucault, Michel (2000) [1972]: Die **Ordnung des Diskurses**, Frankfurt/Main: Fischer.
- Jacobsen, Lenz (2016): Das Zeitalter der Fakten ist vorbei, in: **ZEITonline**, 02.07.2016.
- von Kittlitz (2016): Die Erde ist eine Scheibe. Stimmt nicht? Ist doch egal, in: **ZEITonline**, 28.08.2016.
- Michéa, Jean-Claude (2014): **Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft**, Berlin: Matthes & Seitz.
- Müller, Jan-Werner (2016): **Was ist Populismus? Ein Essay**, Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2017): Fake Volk? Über Wahrheit und Lüge im populistischen Sinne, in: **Kursbuch 189**, März 2017, S. 113–128.
- Nietzsche, Friedrich (1988): **Kritische Studienausgabe**, Band 1, hrsg. von Colli, Giorgio/Montinari,azzino, Berlin/New York.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa. In: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.), **Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling**, Münster: Westfälisches Dampfboot: 49–17.
- Schmitt, Carl (1991 [1923]): **Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus**, Berlin.
- Stegemann, Bernd (2017), Der liberale Populismus und seine Feinde, in: **Blätter für deutsche und internationale Politik**, 4/2017: 81–94.
- Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr des Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), **Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit**, Berlin: Suhrkamp, S. 253–274.
- Vogelmann, Frieder (2016): „Postfaktisch“. Die autoritäre Versuchung, www.sozio.polis.de [Zugriff: 30.12.2016].